



Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 29. September 2022

Antrags-Nr. 22-F-10-0017

Jetzt städtischen Blackout-Notfallplan für die LHW erstellen - Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion vom 29.09.2022 -

Die AfD hatte bereits Anfang 2020 mit einem Antrag, und noch einmal 2022 mit einer Anfrage an den Magistrat auf die wachsende Gefahr eines länderübergreifenden, lang andauernden Stromausfalls hingewiesen und zur dringenden Vorbereitung gemahnt. Beide Male wurden die Bedenken der AfD leichtfertig beiseitegeschoben.

Mittlerweile hat sich die Lage jedoch grundlegend verschärft, denn auch die Gasversorgung ist infolge des Krieges in der Ukraine und der darauffolgenden Sanktionen gegen Russland gefährdet. Zwar wurden Kohlekraftwerke in Deutschland teilweise wieder hochgefahren, aber dies soll nur übergangsweise sein und der Ausstieg aus der Kernkraft soll nach aktuellem Stand weiterhin zum Ende dieses Jahres erfolgen. Außerdem werden Hackerangriffe, z.B. aus Russland, als ernstzunehmende und akute Gefahr angesehen.

Die Möglichkeit eines Zusammenbruchs der Energieversorgung wird mittlerweile als real bewertet. Unter anderem zeigte sich dies auch an der kürzlich erfolgten Warnung mehrerer Stadtwerke der Inbetriebnahme von Heizlüftern oder Ölradiatoren als Alternative zur Gasnutzung.

Unabhängig von etwaigen Blackout-Notfallplänen der Landes- oder Bundesregierung und deren prioritärer Zuständigkeit, ist ein städtisches Vorgehen als ergänzende und eigenständige Maßnahme erforderlich, um die Verwerfungen infolge eines Blackouts für die Wiesbadener Bürger soweit wie möglich zu verringern.

Ein längerer Zusammenbruch der Energieversorgung hat katastrophale Folgen für die elementaren Bedürfnisse der Bürger, wie die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser sowie die öffentliche Sicherheit. Vielen Bürgern ist der Ernst der Lage offensichtlich noch nicht bewusst, hier ist eine entsprechende Informationskampagne der Stadt für eigene Vorsorgemaßnahmen notwendig.

Die Zeit drängt. Ein weiteres Zuwarten und Hoffen auf mildes Wetter im Winter oder auf eine günstige Entwicklung in Politik und Energieversorgung wäre grob fahrlässig und verantwortungslos gegenüber den Bürgern der Stadt Wiesbaden.

Dringlichkeitsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

zur Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2022 einen Blackout-Notfallplan vorzustellen und diesen dort auch zur Abstimmung zu stellen.

Der städtische Notfallplan soll konkret darlegen, wie die Stadt im Falle eines sogenannten Blackouts, also eines langanhaltenden, länderübergreifenden Zusammenbruchs der gesamten Stromversorgung, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gewährleisten und die Versorgung der Bürger mit lebensnotwendigen Gütern, wie beispielsweise Wasser und Nahrungsmitteln, sicherstellen will.

Der Notfallplan soll so angelegt sein, dass er in den kommenden Monaten der jeweils aktuellen Entwicklung angepasst und weiterentwickelt werden kann.

Zusätzlich soll der Notfallplan durch eine Informationskampagne flankiert werden, die die Bürger zeitnah über persönliche Krisenvorsorge aufklärt.

Beschluss Nr. 0438

1. Die Dringlichkeit wird abgelehnt.
2. Der Antrag wird gemäß § 42 (2) der STVV-GO auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gesetzt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .10.2022

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2022

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister